



KPÖ informiert:

www.kpoe-steiermark.at

Volksstimme-Landtagsinfoblatt – Juli 2010



Landtagsinformation aus erster Hand

Sitzungen vom 6./7. Juli 2010

Landtag: „Periode der vergebenen Chancen“

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler zieht in letzter Sitzung der Periode Bilanz über fünf Jahre KPÖ im steirischen Landtag

Die Legislaturperiode von 2005 bis 2010 war eine Besondere: nach 60 Jahren – ÖVP-Vorherrschaft gab es eine Mehrheit von SPÖ und KPÖ. Wir konnten schnell unter Beweis stellen, dass wir Initiativen setzen und Anträge einbringen, die von anderen Fraktionen mitgetragen werden – manchmal sogar von allen anderen.

Das war aber die Ausnahme. In der Regel waren SPÖ und ÖVP wie aneinander gekettet, und das hat dem Land nicht gut getan. Um nur einige Beispiele zu nennen:

- Der Proporz blieb bestehen (auch in der nächsten Periode);
- keine Verfassungsreform mit besseren Kontrollrechten für die Opposition;
- keine Strategie gegen den leeren Wohnbautopf und die leeren Kassen;
- Untätigkeit bei Sanierung der GKK (z.B. durch Abschaffung der Höchstbeitragsgrundlage).

Trotzdem hat die KPÖ Erfolge vorzuweisen. Jede kleine Fraktion muss Schwerpunkte setzen, bei uns waren das die Sozialpolitik, Bildung, Energie, Pflege und das Thema Glücksspiel.

Wesentliche Projekte wie der Gratiskindergarten und die Abschaffung des Regresses Sozialhilfe und Pflege hätten ohne KPÖ keine Mehrheit gehabt. Sind zustande gekommen, weil die KPÖ Druck gemacht hat.

Zwei unserer Erfolge möchte ich herausstreichen:

- die Verkürzung der Entscheidungsfristen bei der Sozialhilfe und
- die Absicherung der Pflegeeltern.

Man muss diese Legislaturperiode aber insgesamt als eine der vergebenen Chancen betrachten. Weitaus

mehr Veränderungen wären aufgrund der Mehrheitsverhältnisse möglich gewesen. Die SPÖ hat sich aber oft nicht getraut. Gerade erst haben wir das bei der Mindestsicherung und beim Pflegegesetz erlebt, dass die SPÖ gegen ihre eigene Linie stimmt, weil sie lieber den Kompromiss mit der ÖVP sucht.

Diese Mutlosigkeit konnte man aber auch bei der ÖVP sehr gut beobachten. Fünf Jahre lang war die Volkspartei immer mit uns einer Meinung, wenn es darum ging, den Landeshauptmann im Bereich der Energiepolitik in die Pflicht zu nehmen. Sogar bei unserem Antrag zum Rückkauf der ESTAG-Anteile konnten wir die ÖVP für unseren Antrag gewinnen. Als es aber ernst wurde, ein entsprechendes Gesetz zu beschließen, war plötzlich auch die Bereitschaft der ÖVP weg, etwas

**zuhören
helfen
umsetzen**

KPÖ wirkt

Landtagswahl 26. September



Claudia Klimt-Weithaler, Liste 3

„Die SPÖ hat sich oft nicht getraut. Weitaus mehr Veränderungen wären in den letzten Jahren möglich gewesen.“

zu ändern.

Demokratiepolitische sehr bedenklich ist die Tatsache, dass viele der einstimmig gefassten Beschlüsse des Landtags nicht umgesetzt wurden, wenn sie der Regierung gerade nicht gelegen kamen. Wie in Brüssel, so auch in Wien und Graz: Eine mächtige

Wirtschaftslobby stellt die Weichen, die Regierungen und die nachgeordneten Parlamente sehen ihre Rolle als deren Vollzugsorgane.

Weil aber all jene Menschen, die keine mächtige Lobby hinter sich haben, auch eine Vertretung im Landtag brauchen, ist es notwendig, dass die KPÖ im nächsten Landtag wieder vertreten ist. Als soziales Gewissen im Land, als berechenbare und verlässliche Kraft, die ihre Wählerinnen und Wähler nicht im Stich lässt, sie nicht verrät.

Die KPÖ-Klubobfrau, die als Spitzenkandidatin der KPÖ in die Landtagswahl zieht, schloss ihre Rede mit einem Dank an Ernest Kaltenegger, der sich nach 30 Jahren aus der Politik zurückzieht.

Platz für Adressaufkleber
Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA
8020 Graz VNr: 07Z037205

SPÖ und ÖVP lassen Spielsüchtige im Stich

Ernest Kaltenegger: Allgemeinheit muss für Glücksspielbranche hohe Kosten tragen – SPÖ und ÖVP lehnen Automaten- und Werbeverbot ab

4.874 Spielautomaten gibt es derzeit in der Steiermark. Das ist ein einsamer Spitzenwert in Österreich. Bald kommen durch die Novelle des Glücksspielgesetzes 1000 neue Spielautomaten dazu, außerdem darf eine unbegrenzte Anzahl an „Video Lottery Terminals“ betrieben werden, die sich in Bezug auf das Suchtpotenzial nicht von anderen Spielautomaten unterscheiden. Durch eine Sonderregelung für die Steiermark dürfen die alten Automaten noch bis Ende 2015 (!) weiter betrieben werden.

Diese erschreckenden Zahlen ergab eine Dringliche Anfrage der KPÖ in der Landtagssitzung am 6. Juli. Neben den von den öffentlichen Krankenkassen getragenen Kosten für die Behandlung von Spielsucht hält das Land Steiermark alleine im Jahr 2010 2,13 Mio. Euro zur Behandlung der staatlich geförderten Spielsucht bereit. „Die hohen Kosten für die Folgen der Spielsucht tragen nicht nur die Spielsüchtigen, sondern auch deren Angehörige und letztendlich die Allgemeinheit. Gewinner gibt dagegen nur wenige. Einer von ihnen ist Novomatic-Chef Graf, der mit über vier Milliarden Vermögen,

die er mit dem Glücksspiel verdient hat, bereits der viertreichste Österreicher ist.“

Die Landesregierung erteilte bis zuletzt allen Bemühungen, die Spielsucht in unserem Bundesland einzudämmen, eine Absage. Deshalb stellte die KPÖ den Antrag, zukünftig keine Konzessionen für Spielautomaten zu erteilen. Auch ein Werbeverbot in der Steiermark wäre ein Schritt in die richtige Richtung. SPÖ und ÖVP lehnten beide Anträge ab.



KPÖ-LABg. Ernest Kaltenegger: Die hohen Kosten für die Folgen der Spielsucht tragen nicht nur die Spielsüchtigen, sondern auch deren Angehörige und letztendlich die Allgemeinheit.

Klimt-Weithaler: Landtag sendet mit Mindestlohn-Beschluss ein Signal

Schwarz-grüne Front gegen faire Löhne

Am 6. Juli fand im Landtag eine Diskussion über die Einführung eines Mindestlohns statt. Die KPÖ kämpft seit langem für ein Mindesteinkommen, da in Österreich sehr viele Menschen bei Vollzeitarbeit so wenig verdienen, dass sie kaum mehr haben, als Sozialhilfe oder Mindestsicherung ausmachen. Dieser Zustand ist ungerecht und wird immer wieder heftig kritisiert. Niedriglöhne schwächen auch die Kaufkraft.

Klimt-Weithaler: „Bei einem Brutto-Stundenlohn würde ein monatliches Mindesteinkommen

netto 1200 Euro betragen. Das ist für einen Vollzeit-Arbeitsplatz kein Luxus. Auch wenn der steirische Landtag nur an die Bundesregierung appellieren kann, ist es doch ein wichtiges Signal für mehr Gerechtigkeit in der Arbeitswelt.“

Die Grünen stimmten mit dem Argument, ein Brutto-Stundenlohn von über 7,25 Euro sei heimischen Unternehmen nicht zumutbar, gegen diesen Antrag. Viel Lob für diese Schützenhilfe kam vom ÖVP-Abg. Kasic, dessen Partei vehement gegen höhere Löhne eintritt.

Glücksspiel: die Fakten

Die Dringliche Anfrage der KPÖ an LH Voves ergab folgende Fakten:

- In der Steiermark gibt es 4.874 bewilligte Glücksspielautomaten. Mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes dürfen weitere 1000 Automaten aufgestellt werden. Zusätzlich wird es eine gesetzlich nicht begrenzte Anzahl sogenannter „Video Lottery Terminals“ (VLTs) geben, die technisch anders funktionieren, sich aber kaum von anderen Glücksspielautomaten unterscheiden.
- Die alten Automaten dürfen bis 31. Dezember 2015 weiter betrieben werden. Diese skandalöse Regelung gibt es nur in der Steiermark, in allen anderen Bundesländern müssen die Geräte, die nicht dem neuen Gesetz entsprechen, schon früher aus dem Verkehr gezogen werden.
- Zur Finanzierung von Therapien für von Spielsüchtige wendet das Land Steiermark 2010 2,13 Mio. Euro auf. Andere Folgekosten (Kosten der Krankenkassen, Kriminalität, sozialer Absturz) sind da noch nicht berücksichtigt.
- Fast 40 Prozent der in der Steiermark behandelten Spielsüchtigen gaben an, dass sie mit dem Glücksspiel unter dem gesetzlichen Mindestalter von 18 Jahren begonnen haben.
- In der Steiermark gibt es laut offiziellem Suchtbericht 7.800 pathologische und 29.000 problematische GlücksspielerInnen. Betroffen sind aber auch die Menschen aus dem Umfeld der Spielsüchtigen. Sie werden häufig durch die Spielsucht mitgeschädigt, oft werden ganze Familien in den finanziellen Abgrund gerissen. Der Suchtbericht geht nach vorsichtigen Schätzungen von 80.000 Betroffenen allein in der Steiermark aus.
- Durch das neue Glücksspielgesetz wird die Spielsucht weiter angeheizt. So wird der Höchsteinsatz von bisher 0,50 Euro auf 10 Euro erhöht, also verzwanzigfacht. Der maximal mögliche Gewinn wird von 20 Euro auf 10.000 Euro erhöht und ist damit 500 Mal so hoch wie bisher!

„ÖVP hat Fohnsdorfer Therme mitbeschlossen, jetzt will sie nicht gewusst haben“ KPÖ-LABg. Pacher zur Aqualux-Therme

Die Therme Fohnsdorf scheint ein beliebtes Wahlkampfthema zu sein. Erst vor kurzem haben wir dazu eine Sondersitzung gehabt, auch heute ist die Therme wieder auf der Tagesordnung.

Wer den Akt durchliest und den Prüfbericht des Landes kennt, weiß, dass es viel Anlass zur Kritik gibt. Hier wurde ein Projekt gedrückt, ohne sich Gedanken darüber zu machen, ob die Kosten in Zukunft auch getragen werden können. Leider scheint es so, dass für die Therme Fohnsdorf noch für längere Zeit gewaltige Zuschüsse der öffentlichen Hand nötig sein werden. Gleichzeitig wurde von der Gemeinde Fohnsdorf bei Wirtschaftstreibenden auf die Einhebung wichtiger Gemeindeabgaben verzichtet.

Wenn die Bedenken gegen das Thermenprojekt so massiv gewesen sind, dann wäre es die Aufgabe der

ÖVP und der Fachabteilung und des zuständigen Hofrat Schille gewesen, alle Landtagsfraktionen und die Öffentlichkeit, d.h. die SteuerzahlerInnen, zu informieren. **In der Landesregierung im Juni 2006 wurde die Garantierklärung jedenfalls einstimmig beschlossen.**

Dann wurde fast vier Jahre lang gewartet und geschwiegen, und nun, kurz vor der Landtagswahl, kommen diese Dokumente in die Medien und damit an die Öffentlichkeit. Ein seltsamer Zufall!

Die KPÖ hat sich zum Bau der Therme bekannt, wir haben aber auch schon sehr früh vor den finanziellen Risiken gewarnt. Nun, da die Therme steht, wäre es Aufgabe beider Regierungsparteien, nach Lösungen zu suchen, damit die Therme überleben kann und so die Zuschüsse der öffentlichen Hand nicht ins uferlose ausarten.

Klimaschutzplan Steiermark“: Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander

Eine EU-Richtlinie schreibt Bund und Ländern Energieeinsparungsziele und Aktionspläne vor. Ausdrücklich ausgenommen davon ist das Bundesheer. Die KPÖ hat zum Thema Klimaschutz stetes daran erinnert, dass die Frage von Rüstung, Militär und Kriegen unbedingt ein wichtiger Bestandteil in der Klimaschutzdebatte werden muss.

Der Klimawandel hat in dieser Frage eine zusätzliche Dimension eröffnet. Nicht nur Kriege selbst, die ganze Militärmaschinerie ist ein Klimakiller. Die Produktion von Waffen, die Waffenübungen, die vielen Kasernen und Militärbasen, der laufende militärische Betrieb, das alles verbraucht Unmengen an Energie und schadet der Umwelt. Abrüstung wäre ein Segen für die Menschheit und für Umwelt und Klimaschutz. Diese Tatsache ins Bewusstsein der Menschen zu rücken wäre Aufgabe aller, denen der Klimaschutz am Herzen liegt. In der vorliegenden EU-Richtlinie sind aber gerade die militärischen Bereiche ausdrücklich ausgeklammert.

Es positiv, dass die Steiermark einen Klimaschutzplan mit konkreten Klimaschutzziele erarbeitet hat. Allerdings ist vieles in diesem Plan, z.B. die konkreten Schritte oder die

Finanzierungsfrage sehr vage gehalten. Das führt zwar dazu, dass dieser Klimaschutzplan von allen Seiten Zustimmung findet, die Differenzen werden sicher dann auftreten, wenn es dann um die konkrete Schritte geht. Einige offene Fragen beinhaltet dieser Klimaschutzplan schon jetzt: Beispielsweise ist zu lesen, „dass eine verkehrssparende Raumstruktur den ersten Hauptansatzpunkt darstellt.“ Das ist die Anforderung des Klimaschutzplans, die Realität ist aber, dass in der Steiermark vor kurzem ein Raumordnungsgesetz beschlossen wurde, das durch die Auffüllungsgebiete noch mehr Verkehrsaufkommen erzeugen wird.

Auch in der Frage der Gebäudesanierung klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Im Klimaschutzplan steht zu lesen, dass „mit den Mitteln der Wohnbauförderung ein ausreichendes Instrument vorhanden sei“. In der Realität wurden die Mittel der Wohnbauförderung ausgeräumt, sodass nun die Mittel für den Wohnbau fehlen.

Eine der im Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen ist die „Forcierung klimaschonender Veranstaltungen.“ Wenn die Steiermark den vom Landtag und der Landesregierung be-

schlossenen Klimaschutzplan ernst nimmt, kann es ganz einfach keine Airpower geben. Denn bei dieser Veranstaltung werden durch die Flugvorführungen, die An- und Abreise der BesucherInnen und die Vorbereitungs- und Abschlussarbeiten hundertausende Liter Treibstoff verbrannt. Klimaschädliche Gase in großen Mengen werden durch ein kurzfristiges Event entstehen. Außerdem hat eine solche Veranstaltung neben der schädlichen Umweltauswirkungen verheerende Auswirkungen auf das Bewusstsein der Menschen in Sachen Klimaschutz.

Wird diese Veranstaltung abgehalten, so wird vermittelt, dass Klimaschutz keinen Stellenwert hat. Wenn dies den Menschen von den politisch Verantwortlichen signalisiert wird, warum sollten die Menschen in ihrem Alltag dem Klimaschutz Beachtung schenken?

Hingegen hätte eine Absage der Airpower aus Klimaschutzgründen eine enorme Auswirkung auf das Bewusstsein der Bevölkerung. Wenn eine solche Veranstaltung abgesagt wird, weil wir uns das aus Klimaschutzgründen nicht mehr leisten können, dann wird für jeden und jede klar, dass Klimaschutz ein echtes



KPÖ-Labg. Renate Pacher

Anliegen ist und eine Frage, die ernst genommen werden muss.

Die dafür vorgesehenen Steuermittel wären viel besser in der Finanzierung von Klimaschutzprojekten angelegt. Wer Klimaschutz und den vorliegenden Klimaschutzplan ernst nimmt, kann nicht Ja zur Airpower sagen. Jetzt wäre noch Zeit, diese Veranstaltung abzusagen.

Ich stelle daher auch den Antrag, an den Bund mit der Forderung heranzutreten, die Airpower 2011 abzusagen und alle Mittel, die das Land Steiermark zur Unterstützung der Airpower vorgesehen hat, den Gemeinden der Region Aichfeld/Murboden zweckgebunden zur Finanzierung von Klimaschutzprojekten zur Verfügung zu stellen.

(Der Antrag wurde von den Regierungsparteien abgelehnt.)

Pflegeeltern werden endlich abgesichert

Claudia Klimt-Weithaler: Erfolg nach vier Jahren

Pflegemütter und -väter (auch wenn es von letzteren nur wenige gibt) übernehmen mit der Betreuung von meist nicht ganz „einfachen“ Kindern eine äußerst verantwortungsvolle und wichtige Aufgabe. Sie sind zwar rund um die Uhr im Einsatz, haben aber bis dato keinerlei soziale Absicherung. Es existiert lediglich eine geringe „Gnadenpension“ für Pflegeeltern, die diese Aufgabe sehr lange ausgeübt haben. Darauf gibt es aber keinen gesetzlichen Anspruch.

Derzeit gibt es 443 Pflegeeltern in der Steiermark, benötigt werden aber wesentlich mehr. In der letzten

Landtagssitzung in dieser Legislaturperiode beschloss der Landtag einstimmig eine neue Regelung für Pflegeeltern. Diese werden zukünftig 412,09 Euro monatlich brutto bekommen, bei zwei Kindern sind es 578,45 und bei drei Kindern 744,81 Euro. Die KPÖ konnte nicht durchsetzen, dass auch schon bei einem Pflegekind eine Sozialversicherung besteht, aber es gibt die Möglichkeit einer Selbstversicherung. Hier möchte die KPÖ in Zukunft noch eine Korrektur erreichen.

Auch der Rechnungshof hatte immer wieder betont, dass es um

einiges billiger wäre, Pflegeeltern ordentlich zu entlohnen statt Heimplätze zu finanzieren. Natürlich ist es auch für die meisten Kinder die bessere Lösung.

KPÖ-Klubobfrau Klimt-Weithaler: „Auf diesen Beschluss bin ich sehr stolz, auch wenn er noch Schönheitsfehler hat. Immerhin hat es vier Jahre gedauert, bis alle Parteien im Land überzeugt waren, dass hier etwas geschehen muss. Wenn man die Regelung mit der bisherigen Situation vergleicht, ist es aber eine große Verbesserung und ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit für Pflegeeltern.“

KINDERFERIEN

Um die Zukunft der **ebren-** **amtlichen Arbeit in Kinderferienlagern** sorgt sich KPÖ-Klubobfrau Klimt-Weithaler. Die Steiermärkische Gebietskrankenkasse, die - nicht zuletzt aufgrund nicht eingebrachter Beitragsrückstände von Unternehmen in dreistelliger Millionenhöhe - in finanzieller Bedrängnis ist, hat die gemeinnützigen Träger von Ferienlagern und Freizeitbetreuungen als lukrative Einnahmequelle entdeckt. Die KPÖ ersuchte Landeshauptmann Voves, noch im Sommer die GKK und VertreterInnen der Kinderorganisationen zu einem Runden Tisch zu laden, um im Interesse der Kinder zu einer Lösung zu kommen.

Pflegeheime: SPÖ verweigert Gesetzesänderung

Labg. Murgg: Mit der Finanzierung privater Profite im Pflegebereich durch die Allgemeinheit muss endlich Schluss gemacht werden.

In seiner 55. Sitzung der XV Gesetzgebungsperiode am 19.11.2009 hat der Steiermärkische Landtag zwei Entschließungsanträge der KPÖ zum Thema Pflege angenommen. Damals wurde die Landesregierung aufgefordert, dem Landtag ehestmöglich ein Konzept vorzulegen mit dem Ziel, die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel für die Unterbringung in einem mittelfristig auf öffentliche und gemeinnützige Heimträger zu beschränken, und die Kosten der stationären Pflege auf einen kostendeckenden Tagsatz zu beschränken. Die Finanzierung privater Profite liegt nicht im öffentlichen Interesse und verteuert das Pflegewesen eklatant, wie auch die Landesregierung wiederholt zugegeben hat.

Die Landesregierung kam dieser Aufforderung ebenso wenig nach wie jener, die im Entschließungsantrag „Verstärkte Kontrollen in Pflegeheimen“ an sie gerichtet wurde, nämlich ehestmöglich eine



KPÖ-Labg. Werner Murgg

Novelle des Steiermärkischen Pflegeheimgesetzes vorzulegen, durch die Kontrollen in jeder stationären Pflegeeinrichtung mindestens einmal im Quartal erfolgen muss, wobei in einem Kalenderjahr mindestens eine Prüfung in der Nacht, eine am Wochenende und zwei untertags stattfinden soll.

In der Landtagssitzung am 6. Juli unternahm die KPÖ einen weiteren Versuch, dringend nötige Gesetzesänderungen zu verankern,

erhielt aber keine Mehrheit.

KPÖ-Labg. Werner ist über die Vorgangsweise der SPÖ verärgert: „Der Geschäftemacherei mit der Altenpflege auf Kosten der Allgemeinheit muss ein Riegel vorgeschoben werden. Obwohl die SPÖ weiß, dass das Land hier

nicht viel Zeit zu verlieren hat, heißt es nun, man benötige einen Unterausschuss zur Klärung dieser Fragen, für den es nun zu spät sei. Dem Inhalt der KPÖ-Anträge hat die SPÖ aber schon vor über einem Jahr zugestimmt. Die Vorgangsweise der SP ist eine Farce.“

Für die Erhöhung der Abgaben auf Glücksspielautomaten hat die KPÖ mit Ernest Kaltenegger jahrelang gekämpft. In der letzten Landtagssitzung vor der Neuwahl wurde die Abgabe endlich auf 1000 Euro pro Monat erhöht. Diese Maßnahme, so Kaltenegger,

sei zwar nicht ausreichend, sie sei aber ein Schritt in die richtige Richtung. Der Beschluss wurde vom Landtag einstimmig gefasst, obwohl die Wirtschaftskammer alles versuchte, um die höhere Abgabe auf die Hauptverursacher von Spielsucht zu verhindern.

KPÖ-Erfolg: Mehr Mitsprache für die steirische Bevölkerung

Ernest Kaltenegger freut sich über Korrektur des Volksrechtgesetzes

In der letzten Landtagssitzung der vergangenen Periode am 5. Juli 2005 beschloss der steirische Landtag eine bedenkliche Verschlechterung des „Steiermärkischen Volksrechtgesetzes“. Durch diese Novelle mussten Bürgerinnen und Bürger, die Instrumente der direkten Demokratie wie Volksbefragungen oder Volksabstimmungen nutzen wollten, jede unterstützende Unterschrift in einem Gemeindeamt bestätigen lassen. Das machte es in der Praxis aufgrund des enormen Aufwandes unmöglich, eine Initiative nach Volksrechtgesetz zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

KPÖ-Labg. Ernest Kaltenegger: „Das 2005 beschlossene Gesetz stellte eine Entmündigung von engagierten Bürgerinnen und Bürgern dar. Es wurde zu

einem Zeitpunkt verschärft, als seine Möglichkeiten verstärkt in Anspruch genommen wurden. Es sieht so aus, als wollte man ‚lästige Bürger‘ wieder loswerden, indem man den Zugang zu den Instrumenten der direkten Demokratie praktisch unmöglich macht. Die KPÖ hat gleich nach ihrem Einzug in den Landtag für eine Abschaffung der undemokratischen Bestimmungen gekämpft.“

„Bürgerinnen und Bürger, die ein Anliegen vertreten, werden in Zukunft nicht mehr durch bürokratische Regelungen abgeschreckt. Durch die Rücknahme der verunglückten Bestimmungen lässt der Landtag endlich wieder mehr Mitbestimmung in unserem Bundesland zu. Für diese Verbesserung haben wir seit unserem Einzug in den Landtag gekämpft.“, freut sich Kaltenegger.

Spekulant*innen zur Kasse, statt Steuern für die Masse!



Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ wirkt!



26. September:

Feuerzeug und echtroter Nagellack anfordern unter 877 / 51 02

